Bad Schwalbach, den 21.10.2021

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit
Sitzungsnummer	4/XI. Wahlperiode
Datum	Mittwoch, 20. Oktober 2021
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	17:08 Uhr
Ort	Cafeteria Kreishaus

Teilnehmer:

Vorsitzende

Frau Tanja Pfenning	

Landrat

Herr Frank Kilian	

Mitglied

Herr Matthias Bremser	
Herr Ulrich Fachinger	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Timo Müller	
Herr Alexander Müller MdB	
Frau Wendy Penk	

Stellv. Mitglied

Frau Mareike Heckel	
Herr Volker Mosler	
Frau Annette Reineke-Westphal	

entschuldigt

Frau Dr. Jeanette Meixensperger	
Frau Petra Müller-Klepper MdL	
Frau Alexandra Unger	

Herr Paul Weimann	

Gast

Herr Jasper Klos	

Verwaltung

Frau Bianca Berg	
Frau Beate Sohl	
Herr Christian Rossel	
Herr Oliver Schütz	

Schriftführer

Herr Jörg Engelbach	

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Pfenning, begrüßt die Anwesenden zur 4. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG). Sie stellt fest, dass die Tagesordnung und die Ladung ordnungsgemäß zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit vom 08. September 2021

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning werden keine Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung des JSG vom 8. September 2021 vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS Sachstandsbericht Hartz IV

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es keine Wortmeldungen zum TOP. Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS Sachstandsbericht Asyl

Landrat Kilian weist darauf hin, dass der Sachstandsbericht Asyl nur vierteljährlich erfolgen soll, also erst wieder zur nächsten Sitzung des JSG.

TOP 4.	DS	Sachstandsbericht Kreisaltenzentrum

Landrat Kilian berichtet, dass eine erste Gesprächsrunde stattgefunden hat. Im November 2021 ist eine zweite Gesprächsrunde mit Bürgermeistern und möglichen Investoren angesetzt. Danach erhält der JSG einen schriftlichen Bericht.

TOP 5.	DS XI/186	Fallentwicklung im Fachdienst Jugendhilfe: hier: Berichtsantrag Nr. 04/21 der SPD-Fraktion vom 19. Mai 2021, eingegangen am 25. Mai 2021; Stellungnahme der Verwaltung

Herr Engelbach beantwortet Fragen von Frau Pfenning zur Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis**:** **zur Kenntnis genommen**

TOP 6.	DS XI/221	Situation der Rettungsdienste im RTK; hier: Berichtsantrag Nr. 23/21 der SPD-Fraktion vom 19. August 2021, eingegangen am 06. Oktober 2021

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es keine Wortmeldungen zum TOP.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der KA wird gebeten Auskunft zu geben über folgende Fragen bezüglich der Infrastruktur:

1. Wie viele Rettungsdienstwachen gibt es regulär im gesamten Kreisgebiet?
2. In welchem Zustand befinden sich die Wachen bzw. Interimswachen und ist ein Sanierungsstau der Wachen bekannt?
3. Sieht die Kreisverwaltung Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem Zustand der Wachen bzw. Interimswachen?
4. Inwiefern unterstützt die Kreisverwaltung die Hilfsorganisation bei dringend notwendigen Renovierungs-/Sanierungsarbeiten?
5. Wie viele Fahrzeuge werden im Rettungsdienst im Rheingau-Taunus-Kreis eingesetzt und zu welchen Zeiten werden diese besetzt, aufgeschlüsselt nach Wochentagen, Wachen, Kommunen, KTWs, RTWs und NEFs?
6. Sieht die Kreisverwaltung Potential zur Entlastung der Ressourcen in Bezug auf KTWs zu RTWs zu optimieren?

Der KA wird gebeten Auskunft zu geben über folgende Fragen bezüglich der personellen Situation im Rettungsdienst:

1. Wie viele Stellen, aufgeschlüsselt nach Berufsgruppen (Notfallsanitäter/Rettungsassistenten, Rettungssanitäter, Notärzte usw.) sind aktuell für den gesamten Rettungsdienst im Kreisgebiet vorgesehen? Wie viele Stellen sind

davon aktuell besetzt bzw. unbesetzt?
2. Wie hoch ist der aktuelle durchschnittliche Krankenstand und wie hoch ist die durchschnittliche Anzahl von Überstunden pro Person, aufgeschlüsselt nach Wachen?
3. Inwiefern lässt sich der Krankenstand auf die Belastungen des Personals durch den Arbeitsalltag zurückführen?
4. Sieht die Kreisverwaltung Optimierungsbedarf im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Förderung der Work-Life-Balance von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wie kann die Kreisverwaltung hierbei unterstützend tätig werden?
5. Welche Attraktivitäts- und Abschreckungsmerkmale sieht die Kreisverwaltung in Bezug auf den regionalen Rettungsdienst und wie können mehr Personen für diese Berufsgruppe und für ihre Tätigkeit im Kreisgebiet gewonnen werden?

Der KA wird gebeten Auskunft zu geben über folgende Fragen bezüglich des Einsatzaufkommens:

1. Wie sieht das Einsatzaufkommen im Kreisgebiet, aufgeschlüsselt nach Wochentagen, Wachen, Kommunen, KTWs, RTWs und NEFs, aus?
2. Werden die vorgegebenen Hilfsfristen in allen Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises eingehalten und wie hoch sehen die durchschnittlichen Einsatzzeiten aus?

TOP 7. DS XI/222 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung; hier: Berichtsantrag Nr. 24/21 der fraktionslosen Abg. der Partei DIE LINKE vom 05. Oktober 2021, eingegangen am 06. Oktober 2021

Abg. Klos führt in den Berichtsantrag ein. Landrat Kilian gibt Erläuterungen aus Sicht der Verwaltung dazu.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie viel Menschen mit Behinderung sind bei der Kreisverwaltung beschäftigt und wie ist die Beschäftigungsquote?
2. Wie viele Menschen mit Behinderung sind bei den Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, beschäftigt und wie ist die Beschäftigungsquote? Bitte nach Gesellschaften aufschlüsseln.
3. Auf welche Weise wirbt der Rheingau-Taunus-Kreis bei Stellenausschreibungen und bei den Ausschreibungen für die Ausbildungsstellen, um Menschen mit Behinderung für eine Bewerbung zu motivieren? Wie verfahren die Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist?
4. Wie viele Menschen mit Behinderung haben sich in den letzten fünf Jahren bei der Kreisverwaltung oder Gesellschaften beworben, an denen der Kreis beteiligt ist? Bitte nach der Kreisverwaltung und den Gesellschaften, sowie nach Alter und Geschlecht aufschlüsseln.
5. Wie viele Menschen mit Behinderung sind in den letzten fünf Jahren in der Kreisverwaltung eingestellt worden? Wie viele waren es bei den Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist?
6. Werden die beschäftigten Menschen mit Behinderung in der Kreisverwaltung und den Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, gleichwertig zu ihren Kolleg*innen ohne Behinderung nach dem TVÖD für die Kommunen oder anders bezahlt? Bei anderer Bezahlung bitten wir um die entsprechenden Informationen.

TOP 8. DS XI/191 Förderung der Interventions- und Beratungsstelle des Caritasverbandes Wiesbaden Rheingau-Taunus e.V.

Landrat Kilian beantwortet Fragen der Ausschussvorsitzenden Pfenning und der Abg. Fachinger und Helbing.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Förderung der Interventions- und Beratungsstelle des Caritasverbandes Wiesbaden Rheingau-Taunus e.V. ab dem 01. Januar 2022 mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 40.000,-- € sowie je nach Ergebnis einer durchzuführenden Evaluation ab dem 01. Januar 2023 mit einem weiteren jährlichen Zuschuss in Höhe von 38.000,-- €.

TOP 9. DS XI/197 Förderprogramm „2022 - 2024 Rheingau-Taunus-Kreis: Gesundheit als Standortfaktor - Anschub für innovative Ideen“

Abg. Helbing führt in den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion ein (**Anlage 1 der Niederschrift**). Abg. A. Müller stellt einen weiteren Ergänzungsantrag, die vorgesehenen Haushaltsmittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, der nach Vorlage der beantragten Förderungen vom JSG aufgehoben wird.

Frau Sohl beantwortet verschiedene Fragen zum Antrag. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Penk, Pfenning, Reinecke-Westphal, Frau Sohl, Bremser, Mosler, A. Müller und Landrat Kilian.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzende Pfenning über die beiden Ergänzungsanträge und den Antrag in veränderter Form abstimmen:

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion:

Stimmverhältnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Ergänzungsantrag zum Sperrvermerk:

Stimmverhältnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen

Geänderter Gesamtantrag:

Stimmverhältnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, ein Förderprogramm „2022 - 2024 Rheingau-Taunus-Kreis: Gesundheit als Standortfaktor - Anschub für innovative Ideen“ in Höhe von jährlich 100.000 Euro zu erarbeiten und die finanziellen Mittel für die Jahre 2022, 2023 und 2024 in den jeweiligen Haushalten vorzusehen.

Das Konzept „Gesundheit als Standortfaktor – Anschub für innovative Ideen“ soll sich schwerpunktmäßig auf die Bereiche Gemeindeschwestern/Gemeindepfleger, Medizinische Versorgungszentren sowie Telemedizin beziehen.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit soll über die Förderzusagen entscheiden.

Die vorgesehenen Haushaltsmittel sind mit einem Sperrvermerk zu versehen, der nach Vorlage der beantragten Förderungen vom JSG aufgehoben wird.

TOP 10. DS XI/202 Einführung des Programms „Babylotse“ unter der Trägerschaft des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. für (werdende) Eltern aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, die ihr Kind in Wiesbadener Geburtskliniken zur Welt bringen.

Abg. Helbing führt in den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion ein **(Anlage 2 der Niederschrift).**

Landrat Kilian und Herr Engelbach beantworten Fragen zum Antrag. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Penk, Ausschussvorsitzende Pfenning, Reinecke-Westphal, Fachinger und Landrat Kilian.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzende Pfenning über den Ergänzungsantrag und den Antrag in veränderter Form abstimmen:

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion:

Stimmverhältnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Geänderter Gesamtantrag:

Stimmverhältnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis**: einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Haushaltsmittel für das Programm „Babylotse“ unter der Trägerschaft des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. für (werdende) Eltern aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, die ihr Kind in Wiesbadener Geburtskliniken zur Welt bringen zur Verfügung zu stellen und eine Kooperationsvereinbarung mit dem SKF zu erarbeiten.

Die Kooperationsvereinbarung mit dem SKF wird nur in Verbindung mit einer jährlichen Berichtspflicht für ein Jahr geschlossen. Zudem soll geprüft werden, inwieweit alle Eltern im

Rheingau-Taunus-Kreis eine solche Unterstützung erhalten könnten.
Der Kreisausschuss wird um eine abschließende

TOP 11.	**DS XI/206**	**Neufassung der Richtlinie des Rheingau-Taunus-Kreises für die Förderung der Jugendverbände und anerkannten Jugendgruppen gem. § 11 SGB VIII in Verb. mit § 74 Abs. 3 SGB VIII,sowie die Neufassung der Richtlinien des Rheingau-Taunus-Kreises für die Förderung von Stadtrandfreizeiten und Ferienspielen gem. § 74 Abs. 1 SGB VIII.**

Frau Berg beantwortet eine Frage der Ausschussvorsitzenden Pfenning zum Antrag. Eine Aussprache ist nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt

1. die Neufassung der Richtlinien des Rheingau-Taunus-Kreises für die Förderung der Jugendverbände und anerkannten Jugendgruppen

2. sowie die Neufassung der Richtlinien des Rheingau-Taunus-Kreises für die Förderung von Stadtrandfreizeiten und Ferienspielen

in der vorliegenden Fassung mit Wirkung zum 1. Januar 2022.

TOP 12.	**DS XI/209**	**Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von pauschalierten Kostenbeiträgen und die Gewährung von laufenden Geldleistungen**

Vor Beginn der Beratungen zu diesem TOP verlässt Abg. A. Müller gem. § 25 HGO die Sitzung des JSG.

Frau Berg und Herr Engelbach beantworten Fragen zum Antrag. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reinecke-Westphal, Bremser und T. Müller.

Abstimmungsergebnis**:** **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die anliegende Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von pauschalierten Kostenbeiträgen und die Gewährung laufender Geldleistungen. Diese ersetzt die Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege und die Erhebung von pauschalierten Kostenbeiträgen vom 1. August 2014.

Nach Abschluss des TOPs nimmt Herr A. Müller wieder an den weiteren Beratungen teil.

TOP 13. DS XI/211 Beitritt zur EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

An der Aussprache zu diesem TOP beteiligen sich Abg. Reinecke-Westphal, Fachinger und A. Müller.

Stimmverhältnis: 7 Ja-Stimmen 1 Nein und 2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wird beigetreten.

TOP 14. DS XI/192 Einführung des Softwaresystems IRIS connect; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 32/21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09. September 2021, eingegangen am 13. September 2021

An der Aussprache zu diesem TOP beteiligen die Abg. Reinecke-Westphal, Mosler, A. Müller, T. Müller und Landrat Kilian.

Abstimmungsergebnis**:** **vom Antragssteller zurückgezogen**

TOP 15. DS XI/224 Rheingau-Taunus-Kreis unterstützt die Aktion #Luftbrücke Kabul; hier: Antrag Nr. 37/21 der Abg. der Partei DIE LINKE vom 05. Oktober 2021, eingegangen am 06. Oktober 2021

Abg. Klos führt in den Antrag und Abg. Penk in den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion **(Anlage 3 der Niederschrift)** ein. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Penk und A. Müller. Abg. Reinecke-Westphal beantragt, dass der Antrag der Abg. der Partei DIE LINKE in zwei Blöcken zu den Punkten 1 bis 4 und 5 bis 7 abgestimmt wird.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzende Pfenning über den Ergänzungsantrag und den Antrag in zwei Blöcken abstimmen:

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:

Stimmverhältnis: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen
bei Stimmengleichheit abgelehnt

Punkte 1 bis 4 des Antrages:

Stimmverhältnis: 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Punkte 5 bis 7 des Antrages:

Stimmverhältnis: 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis**:** **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 16. DS Verschiedenes

Herr Landrat Kilian beantwortet eine Frage von Frau Reinecke-Westphal zur Fortsetzung der Finanzierung der Testungen von KiTa-Kindern.

Herr Engelbach wird gebeten, in der Sitzung des JSG am 1. Dezember 2021 den aktuellen Kindertagesstätten-Entwicklungsplan vorzustellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Ausschussvorsitzende Pfenning die Sitzung um 17:08 Uhr.

Bad Schwalbach, 21. Oktober 2021

(Tanja Pfenning)
Ausschussvorsitzende

(Jörg Engelbach)
Schriftführer